

29.07.2026

Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 27.08.2026

1. Gegenstand der Vorlage:

Zwischeninformation zum Ersuchen der BVV, DS-Nr. 2893/IX aus der 50. BVV vom 20.11.2025, Strategische Kooperation zur Fachkräftegewinnung: Erschließung akademischer Potenziale durch Partnerschaften mit HWR und HTW

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Dem Ersuchen der BVV wird teilweise gefolgt.

Zu 1. Das Bezirksamt verfügt aktuell über eine zentrale Anlaufstelle für Hochschulen, Praktikanten, Werkstudierenden etc. Hier die SB Praktikumsmanagement. Das Bezirksamt ist jährlich beim Tag des Dualen Studiums an der HWR anwesend und berät zu den Dualen Studiengängen sowie Praktikamöglichkeiten.

Zu 2. Eine Erhöhung der Praktikaplätze erfordert mehr Personal. Nachwuchskräfte sind keine vollwertigen Dienstkräfte und benötigen eine fachkundige Anleitung durch eine qualifizierte Fachkraft. Für eine qualitativ hochwertige Betreuung der Praktikantinnen und Praktikanten muss ausreichend Personal vorhanden sein, damit die originären Aufgaben der Praxisanleitenden ordnungsgemäß erfüllt werden. Die Einführung eines standardisierten Leitfadens für Abschlussarbeiten wird derzeit überdacht und evaluiert.

Zu 3. Eine thematische Ausrichtung der Abschlussarbeiten am Bezirksamt ist wünschenswert, aber oft schwer umsetzbar. Studierende wählen ihre Themen eigenständig mit den Dozenten. Alternativ könnten amtsbezogene Themenvorschläge an die Hochschulen vom Bezirksamt übermittelt werden.

Zu 4. Der Evaluationsbericht zu weiteren Maßnahmen bis zum Abschlußbericht ist als Anlage beigefügt.

Nadja Zivkovic
Bezirksbürgermeisterin
Anlage

Zwischenbericht: Geplante Umsetzung der Beschlussempfehlung der BVV zur Fachkräftegewinnung durch eine intensivere Kooperation zwischen Bezirksamt und Hochschulen

Zentraler Inhalt der Beschlussempfehlung ist die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin und regional ansässigen Hochschulen, etwa der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW). Ziel ist es, geeignete Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, die eine eng verflochtene Kooperation ermöglichen und damit die Fachkräftegewinnung steigern. Angesichts des demografischen Wandels und des damit verbundenen Fachkräftemangels gewinnt gut ausgebildeter Nachwuchs zunehmend an Bedeutung. Durch den gezielten Ausbau der Partnerschaften lassen sich akademische Potenziale erschließen und Kompetenzen sichern, die den veränderten Arbeitsanforderungen gerecht werden.

Mit der Beschlussempfehlung der BVV wurde das Bezirksamt beauftragt, konkrete Schritte zur Intensivierung dieser Zusammenarbeit zu prüfen und strategische Kooperationen zu vereinbaren. Ein zentrales Vorhaben ist die Erweiterung des Angebots an Praktika und studienbegleitenden Beschäftigungen ab dem Jahr 2026. Drei Formen der Beschäftigung sollen Studierende frühzeitig an das Bezirksamt binden: Praktika, studentische Mitarbeit (Werkstudenten) und die Betreuung von Abschlussarbeiten.

Damit diese Stellen besetzt werden können, soll im Bezirksamt eine Struktur geschaffen werden, die geeignete Interessentinnen und Interessenten auf diese Möglichkeiten aufmerksam macht. Ein Vorschlag sieht die Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle vor, die als Schnittstelle zu den Career Services der Hochschulen fungiert. Zusätzlich ist eine verstärkte Kommunikation über verschiedene Kanäle geplant, beispielsweise über Hochschulportale und Jobmessen.

Außerdem soll das Bezirksamt die Möglichkeit prüfen, Abschlussarbeiten mit bezirksspezifischem Bezug zu realisieren – etwa zu aktuellen städtebaulichen, sozialen oder digitalen Entwicklungen sowie weiteren lokalen Herausforderungen in Marzahn-Hellersdorf. Dadurch stärkt das Amt seine lokale Relevanz und positioniert sich als attraktive Karriereoption für Berufseinsteiger.

Zunächst hat die Aus- und Fortbildungsstelle einen Fahrplan in vier Schritten erstellt. Erstens: Intern den Status quo ermitteln, einschließlich des Austauschs mit dem Fachbereich Personal – Zentrale Bewerbungsbüro (ZBB). Zweitens: Bei den Hochschulen (HWR, HTW etc.) nach Möglichkeiten zur Einbindung von Studierenden fragen und klären, welche Formen der Beschäftigung realisierbar sind. Drittens: direkte Ansprechpersonen für

die Fachbereiche 2 (Duales Studium) und 3 (Allgemeine Verwaltung) der HWR ermitteln, insbesondere zur Ausgestaltung von Praktika, Werkstudententätigkeiten und Abschlussbetreuungen. Viertens: prüfen, inwiefern diese Praxisangebote institutionell verankert werden können; hierfür bieten sich Hochschulkontakte und deren Netzwerke an.

Eine weitere Überlegung betrifft das Qualifizierungsprogramm „Steps to Public Service“ der HWR Berlin als Katalysator zur Erschließung akademischer Nachwuchskräfte. Ziel ist es, Absolventinnen und Absolventen mit verwaltungsbezogenem Hintergrund, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben, den Einstieg in den Berliner Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das Programm sollte als Brückenmaßnahme dienen, um international ausgebildeten Hochschulabsolventen eine passende Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Es ist zu beachten, dass das Projekt im Januar 2026 trotz Erfolg eingestellt wurde, da für die zweite Förderrunde keine Mittel bereitstanden.

Für eine zielgruppengerechte Rekrutierung wurde die Recherche auf bezirksrelevante Studiengänge fokussiert. In die Überprüfung einbezogen wurden HWR Berlin, HTW Berlin, TH Wildau, Hochschule Eberswalde, Alice-Salomon-Hochschule, Evangelische Hochschule Berlin und Katholische Hochschule für Sozialwesen. Interdisziplinäre Studiengänge mit Bezug zu Bau/Ingenieurwesen, IT, Öffentlicher Verwaltung, Sozialer Arbeit oder Veterinärmedizin standen im Fokus (Beispiele: Digitale Transformation, Verwaltungsinformatik, Public Health, Verkehrssystemtechnik). Eine Erweiterung der Partnerschaften soll auch weitere Hochschulen in Berlin und Brandenburg umfassen, darunter BTU, THB, MHB, FU, TU und die Universität Potsdam.

Darüber hinaus wurde festgelegt, dass Werkstudenten ab dem 3. oder 4. Studiensemester eingesetzt werden können und bis zu zwei Jahre befristet arbeiten. Werkstudenten helfen, altersbedingte Fluktuation zu mildern und Personalengpässen zu überbrücken. Bedarfe wurden unter anderem im Straßen- und Grünflächenamt, der Serviceeinheit Facility Management, dem Stadtentwicklungsamt, dem Amt für Bürgerdienste, dem Gesundheitsamt und dem Jugendamt identifiziert. Da eine größere Zahl von Plätzen auch mehr betreuende Kräfte erfordert, ist eine entsprechende Personalplanung unerlässlich.

Die Hauptzielsetzung bei der Einstellung von Studierenden ist, ihnen einen Einstieg in den öffentlichen Dienst zu ermöglichen, Orientierung in den internen Strukturen zu geben und langfristig eine Übernahme nach Abschluss des Studiums zu ermöglichen. Um Studierende zu gewinnen, gilt es, das öffentliche Dienst als Karrieremöglichkeit sichtbar zu machen und Barrieren abzubauen.

Geprüft wird zudem, in welchem Umfang ein strukturierter Onboarding-Prozess Studierenden Orientierung und Integration im Bezirksamt erleichtern kann. Eine gute Betreuung – fachlich wie persönlich – stärkt die Bindung an den öffentlichen Dienst und fördert potenzielle zukünftige Mitarbeitende im Bezirksamt.